

[SAPMO-BArch DY 30 / J IV 2/3A / 4796, Bl. 25-30

Abschrift]

H. Axen  
Abteilung für Internationale  
Politik und Wirtschaft

Berlin, 15. 02. 1989

22 Ex. je 6 Blatt  
13. Ex. 6 Blatt

V o r l a g e  
an das Sekretariat des ZK

Betreff: Vorschlag für eine Kampagne gegen Neonazismus in der BRD und in Westberlin

Beschlußentwurf:

Den Vorschlägen für eine Kampagne gegen Neonazismus in der BRD und in Westberlin wird zugestimmt.

[Axen]	[unleserlich]	[Rettner]
H. Axen	O. Fischer	G. Rettner
[Feist]	[Geggel]	
M. Feist	H. Geggel	

Zur Behandlung der Vorlage  
sind einzuladen:

Genosse O. Fischer  
Gen. G. Rettner

Verteiler:

- 1. - 13. Ex. Sekretariat
- 14. Ex. Gen. Sindermann
- 15. Ex. Büro Axen
- 16. Ex. Abt. für IPW
- 17. Ex. Abt. Auslandsinformation
- 18. Ex. Abt. Agitation
- 19. Ex. Abt. Staats- und Rechtsfragen
- 20. Ex. MfAA
- 21. Ex. Zentralrat der FDJ
- 22. Ex. IPW der DDR

Abteilung für Internationale  
Politik und Wirtschaft

Berlin, 10. Februar 1989

V o r s c h l ä g e  
für eine Kampagne gegen Neonazismus in der BRD und in Westberlin

Zur Entwicklung einer breiten Kampagne gegen Neonazismus in der BRD und in Westberlin, zur Stärkung antifaschistischer Bündnisse sowie zur Erhöhung des nationalen und internationalen Druckes auf die BRD-Regierung und den Westberliner Senat zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung gegen Neonazismus werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

1. Veröffentlichung eines gemeinsamen Appells von SED, DKP und SEW unter der Losung „Wehret den Anfängen - Nie wieder Faschismus und Krieg von deutschem Boden!“

Verantwortlich: Gen. H. Axen  
Gen. G. Rettner

## 2. Durchführung von internationalen Konferenzen

- Durchführung einer internationalen Konferenz gegen das Wiedererstehen des Nazismus auf deutschem Boden unter breiter politischer, sozialer und gesellschaftlicher Beteiligung.

Die Ergebnisse der Konferenz sollten in einen Appell einmünden, in dem die nationale und internationale Öffentlichkeit zum Kampf gegen Neonazismus aufgerufen wird und in dem sich die vom Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, H. Galinski, geforderte umfassende „demokratische Verantwortung“ niederschlägt.

Tagungsort könnte Berlin (West) oder Dachau sein.

- Öffentliche Tagung der nationalen und internationalen Lagergemeinschaften ehemaliger faschistischer Konzentrationslager.

Diese Initiative könnte über die VVN der DDR, die VVN - BdA in der BRD sowie in Westberlin gemeinsam mit der FIR entwickelt werden.

Verantwortlich: Gen. O. Funke

## 3. Staatliche und völkerrechtliche Bekämpfung

- Gemeinsame Initiativen von progressiven Abgeordneten (DKP, Grüne, SPD) in Kommunal- und Landesparlamenten der BRD für ein Verbot der Republikanischen Partei unter dem Motto „Unser Parlament, unser Land, unsere Stadt, unsere Gemeinde muß neonazifrei“ bleiben.

Verantwortlich: Gen. G. Rettner

- Organisierung eines politischen und diplomatischen Druckes vor allem auf die USA, aber auch auf Frankreich und Großbritannien mit dem Ziel, diese Partei als neonazistisch zu verbieten.

In diesem Sinne sollten an die Vertreter der drei Westmächte in Westberlin Offene Briefe, Erklärungen u.ä. mit der Forderung gerichtet werden, die Wahlergebnisse der neonazistischen Partei zu suspendieren und dem Wiederaufleben von Neonazismus und Rassismus zu begegnen.

Zu prüfen wäre, inwieweit die UdSSR unter Hinweis auf das Vierseitige Abkommen und die KSZE-Dokumente in der Lage ist, in dieser Richtung aktiv zu werden und inwieweit der Zentralrat der Juden sich in Washington für ein solches Verbot einsetzen könnte.

Verantwortlich: Gen. O. Fischer

- Einbringung einer Initiative in der IPU durch die DDR und andere sozialistische Staaten, die sich, stützend auf antirassistische und antinazistische Beschlüsse der UNO-Vollversammlung, gegen Neonazismus in den Parlamenten wenden.

Verantwortlich: Gen. H. Sindermann

- Ausarbeitung einer Charta zur Wahrung der Rechte nationaler Minderheiten, die die entsprechenden Festlegungen im Abschließenden Dokument des Wiener KSZE-Treffens für die BRD und Westberlin progressiv ausdeutend konkretisiert. (Dies könnte durch einen Initiativausschuß geschehen, dem Juristen, Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Grüne, Kommunisten und Christen angehören.)

Verantwortlich: Gen. G. Rettner  
Gen. K. Sorgenicht

## 4. Anfertigung von Dokumentationen

Mit dem Ziel der politischen und ideologischen Entlarvung des neonazistischen Geistes werden Dokumentationen angefertigt,

- die im Vergleich mit den Nazi-Vokabeln der 20er und 30er Jahre den neonazistischen Charakter der Republikaner und ihrer programmatischen Ziele nachweisen;
- die den Schutz von neonazistischen Organisationen durch die Polizei und ihre staatliche Duldung bzw. Förderung beweisen;
- die die gegebenen rechtlichen nationalen und völkerrechtlichen Möglichkeiten für ein Verbot von neonazistischen Organisationen darstellen.

Als Herausgeber wäre die VVN in Zusammenarbeit mit demokratisch gesinnten Juristen, Publizisten, Historikern bzw. entsprechenden Organisationen denkbar, vielleicht auch der Zentralrat der Juden.

Verantwortlich: Institut für Internationale Politik und Wirtschaft

## 5. Medienarbeit und politisches Wirken

In der Medienarbeit und im publizistischen Wirken sollten die faschistische Geisteshaltung und Wertbegriffe der Neonazis, ihr friedensgefährdender Gehalt usw. entlarvt werden. Dazu werden veranlaßt:

- Stellungnahmen von Persönlichkeiten der verschiedensten politischen Strömungen und aus einem breiten Spektrum des gesellschaftlichen Lebens aus der BRD, aus Westberlin und dem Ausland, in denen Parallelen zwischen dem Auftreten der Nazipartei Ende der 20er Jahre und der Neonazis heute verdeutlicht und die Lehren unterstrichen werden: Den Anfängen wehren!
- Unterstützung befreundeter Presseorgane in der BRD und Berlin (West) mit Material für die Geschichtsdiskussion, in denen u.a. anhand historischer Erfahrungen mit dem Blick auf heute Nationalismus und Antikommunismus als Wegbereiter des Neonazismus entlarvt werden.
- Regelmäßige Berichterstattung über antifaschistische Aktivitäten breiter demokratischer Kräfte.
- Systematische Auseinandersetzung mit der Politik der BRD-Regierung und ihrer Haltung zu Nationalismus, Neonazismus, Rassismus und Chauvinismus.

Verantwortlich: Gen. H. Geggel

#### 6. Aktivitäten der Friedensbewegung, von Frauen- und Jugendorganisationen

- Die Vorbereitung und Durchführung von Aktionen der Friedensbewegung, von Gewerkschaften u.a. wie Ostermärsche, 1. Mai, Antikriegstag sowie die Aktionswoche im Herbst 1989 sollten im Zusammenhang mit ihrer politischen Stoßrichtung Frieden, Arbeit und Demokratie zugleich gegen Neonazismus gerichtet sein.
- Anläßlich des 8. Mai sollte die Krefelder Initiative eine Konferenz unter der Losung „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! - Unsere Verantwortung für ein friedliches Haus Europa!“ durchführen.

Verantwortlich: Gen. M. Feist

- In der BRD oder in Westberlin sollte eine Veranstaltung „Rock gegen Neonazismus“ durchgeführt werden.

Verantwortlich: Zentralrat der FDJ

[der folgende Absatz fehlt im Reinschriftprotokoll:

- Anläßlich des Internationalen Frauentags sollten die DKP und die SEW zentral und regional vielfältige Veranstaltungen gegen Neonazismus und Ausländerhaß vorbereiten.

Verantwortlich: Genn. Inge Lange ]

- Analog dem Aufruf zum 40. Jahrestag der Befreiung am 8. Mai 1985, der von über 8 000 Organisationen und Persönlichkeiten unterzeichnet wurde, sollte zum 50. Jahrestag des Beginns des II. Weltkrieges eine breite demokratische Initiative entwickelt werden.
- Durch das Komitee gegen Berufsverbote in der BRD wird eine Stellungnahme gegen Neonazismus veröffentlicht.

Verantwortlich: Gen. G. Rettner

#### 7. Mit dem Parteivorstand der DKP wird die Bildung einer bundesweiten „Bewegung gegen Neonazismus“ beraten.

Verantwortlich: Gen. G. Rettner

#### 8. In allen internationalen Aktivitäten der SED und der Massenorganisationen der DDR mit der BRD wird die Position der DDR zu den Entwicklungen des Neonazismus in der BRD und Westberlin dargelegt. Dabei steht im Zentrum, die historische Leistung der DDR bei der Ausrottung der Wurzeln von Faschismus und Krieg offensiv zu propagieren.

Verantwortlich: Gen. G. Rettner